

A stylized map of West Africa composed of a grid of grey dots. Several dots are highlighted in red, indicating specific geographical locations or points of interest.

Kooperation oder Konkurrenz?

Sicherheit in Westafrika zwischen ECOWAS und G5

JAN GREBE

Dezember 2018

- An die im Februar 2014 gegründete Regionalorganisation G5-Sahel mit ihren Mitgliedstaaten Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad richten sich hohe Erwartungen im Hinblick auf eine Stabilisierung der Region des Sahel, der von zahlreichen Konflikten heimgesucht wird und gleichzeitig als zentrale Migrationsroute nach Europa in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus des (europäischen) öffentlichen Interesses gerückt ist. Derzeit ist mit Blick auf die Schaffung neuer Strukturen und Koalitionen allerdings Vorsicht geboten, da die Zusammenarbeit und die Verbindung mit etablierten Sicherheitsstrukturen wie der ECOWAS und der AU ungeklärt bleiben.
- Erst im Juli 2018 unterzeichneten ECOWAS und G5-Sahel eine Absichtserklärung, in der sie sich auf die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen verständigten. Beide Seiten betonten, dass sie Doppelungen vermeiden und Synergien zwischen beiden Organisationen nutzen wollen. Wie dies in der Praxis aussehen wird, bleibt abzuwarten. Nach wie vor bestehen innerhalb der ECOWAS erhebliche Vorbehalte gegenüber der neuen Organisation, da man nicht in den Entstehungsprozess eingebunden war.
- Es bedarf einer umfassenden Strategie zur Stabilisierung der Sahelregion, die nicht nur auf militärische Elemente setzt, wie es derzeit die G5-Sahel favorisiert. Die Einbindung der G5-Sahel in den APSA-Kontext, und damit indirekt auch in die ECOWAS, ist wichtig für einen multidimensionalen Ansatz bei der Stabilisierung des Sahel. Europäische Politik sollte daher stärker unterstützen, dass basierend auf der Absichtserklärungen beider Organisationen Synergieeffekte systematisch genutzt werden, mehr politische Koordinierung stattfindet und die ECOWAS mit ihren zivilen Instrumenten eine stärkere Rolle bei der Stabilisierung der Sahelregion spielt.

Hohe Erwartungen an die neu geschaffene G5-Sahel

An die im Februar 2014 gegründete Regionalorganisation G5-Sahel, mit ihren Mitgliedstaaten Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad, richten sich hohe Erwartungen im Hinblick auf eine Stabilisierung der Region des Sahel, der von zahlreichen Konflikten heimgesucht wird und gleichzeitig als zentrale Migrationsroute nach Europa in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus des (europäischen) öffentlichen Interesses gerückt ist.

Frieden und Sicherheit in der Sahelregion sind volatil; sie werden von zahlreichen Faktoren bedingt und betreffen verschiedene Ebenen – von der lokalen bis hin zur regionalen. Die betroffenen Staaten haben jedoch Schwierigkeiten, adäquate Antworten auf die zahlreichen und sich überlappenden Konflikte und ihre Ursachen zu finden. Hierzu zählen unter anderem schwache und korrupte staatliche Strukturen mit zum Teil geringer Legitimität, ein Mangel an öffentlichen Dienstleistungen und Gütern in weiten Teilen der Länder – wie Strom oder Wasserversorgung, Bildung und Gesundheit oder öffentliche Sicherheit –, ein um sich greifender Terrorismus sowie eine wachsende organisierte Kriminalität mit wichtigen Transitrouten für den internationalen Drogenhandel.

Mit dem vielschichtigen Konflikt in Mali seit 2012 hat sich die Sicherheitslage in Westafrika zusätzlich verschärft. Neue Gruppen und Netzwerke haben sich gebildet, die inzwischen ganze Landstriche kontrollieren. Hinzu kommen massive klimainduzierte Veränderungen, wie die voranschreitende Wüstenbildung im Norden und die Abnahme fruchtbaren Ackerlandes, sowie ein hohes Bevölkerungswachstum.

Ad-hoc-Koalitionen: Ein neuer Trend auf dem afrikanischen Kontinent

Vor diesem Hintergrund bildet die G5-Sahel den Zusammenschluss von fünf frankophonen Staaten Westafrikas, die als Ergebnis dieser Verschärfung der Situation in der Sahelregion die Sicherheitskooperation und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit verstetigen wollen. Dies ist auch Ausdruck einer seit einigen Jahren stattfindenden Entwicklung, nach der afrikanische Staaten stärker nach »afrikanischen Lösungen für afrikanische Probleme« suchen und dazu strukturelle Veränderungen an-

stoßen. Die G5-Sahel und die 2017 gegründete *Force Conjointe* (FC-G5S, Gemeinsame Truppe) sind zudem das Ergebnis eines jungen Trends, neue Strukturen und »Ad-hoc-Koalitionen« für aktuelle (sicherheitspolitische) Herausforderungen zu schaffen, die mit militärischen Mitteln schnelle Antworten generieren sollen und außerhalb der bestehenden, oft langsam agierenden Strukturen operieren. Beispiele hierfür sind der Kampf gegen die *Lord Resistance Army* in Uganda oder die *Multinational Joint Task Force* (MNJTF) unter der Führung Nigerias in ihrem Einsatz gegen Boko Haram in der Region des Tschadsees.

Bei diesen noch recht neuen Sicherheitsinitiativen handelt es sich im Wesentlichen um Zusammenschlüsse einzelner Staaten, die eine oft militärische Antwort auf eine konkrete Sicherheitsbedrohung suchen und überwiegend auf dem eigenen Staatsgebiet operieren. Sie sind keine Konkurrenz zu traditionellen multidimensionalen Friedensmissionen. Besonders zu Beginn stellen sie lediglich lose Kooperationsformen dar, die vielmehr vom Charakter der grenzüberschreitenden militärischen Zusammenarbeit geprägt sind. Selten folgt der Vereinbarung ein stabiler institutioneller Unterbau, auch wenn etwa MNJTF unter der Aufsicht der Lake-Tschad-Kommission operiert. Die klare strategische Zielsetzung dieser Bündnisse ist oft eng militärisch gefasst oder gar konzeptionslos.

Die Ad-hoc-Koalitionen sind damit Ausdruck eines offenbar schwindenden Vertrauens afrikanischer Staats- und Regierungschefs, und stellenweise der europäischen Partner, in die Problemlösungskompetenz etablierter Sicherheitsstrukturen wie der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) oder der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) der Afrikanischen Union (AU), die nicht zeitgerecht und adäquat auf Sicherheitsbedrohungen reagieren können.

Trotz der Errungenschaften der AU und ihrer Regionalorganisationen in den Bereichen Frieden und Sicherheit ist dieser Vertrauensverlust in Teilen nachvollziehbar, da etwa die Einsatzbereitschaft der Afrikanischen Eingreiftruppe bis heute nicht erreicht ist. Die AU hat auf ihrem Sondergipfel im November 2018 versucht, die unter dem Vorsitz des ruandischen Präsidenten Paul Kagame angestoßene Reformdiskussion neu zu beleben. Die Diskussion innerhalb der AU sollte daher auch über traditionelle Friedensmissionen hinausgehen und ausloten, wie die neuen Sicherheitsinitiativen stärker in den APSA-Kontext eingebunden werden können.

Zusammenspiel zwischen neuen und alten Strukturen bleibt ungeklärt

Derzeit ist mit Blick auf die Schaffung neuer Strukturen und Koalitionen allerdings Vorsicht geboten, da die Zusammenarbeit und die Verbindung mit etablierten Sicherheitsstrukturen wie der ECOWAS und der AU ungeklärt bleiben. So hat Frankreich als treibende Kraft hinter der Gründung der G5-Sahel und der FC-G5S über die EU umfangreiche Gelder zur Finanzierung der Organisation mobilisiert. Im Ergebnis wird die G5-Sahel nicht über Strukturen der AU finanziert, sondern direkt von den bilateralen Partnern – dies erschwert die Integration in regionale Strukturen. Hinzu kommt, dass die ECOWAS und Algerien Vorbehalte gegenüber der G5-Sahel haben, die bis heute allenfalls bedingt aufgelöst werden konnten. Schließlich ergibt sich aus den überlappenden Mitgliedschaften verschiedener Staaten in den Sicherheitsmechanismen und Organisationen in Westafrika eine Reihe von Herausforderungen, die im Folgenden reflektiert werden sollen.

Die ECOWAS als regionaler Sicherheitsakteur

Die ECOWAS wurde 1975 von Nigeria und Togo zur Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Westafrika gegründet. Ihr gehören 15 Staaten der Region an. Spätestens mit den Kriegen in Liberia und Sierra Leone in den 1990er-Jahren wandelte sich die ECOWAS zu einem regionalen Sicherheitsakteur. Unter dem Dach der APSA der AU ist die ECOWAS zu einer der wichtigsten Regionalorganisationen auf dem Kontinent geworden und kann zahlreiche Fortschritte verzeichnen. Sie verfügt nicht nur über eine eigene Eingreiftruppe, sondern ebenfalls über Instrumente zur Krisenfrüherkennung und Wahlbeobachtung. Zuletzt hat die ECOWAS in Gambia erfolgreich das Ergebnis einer demokratischen Wahl durchgesetzt und den damaligen Machthaber Yahya Jammeh – zwar unter Androhung militärischer Gewalt, am Ende aber friedlich – zum Rückzug bewegt.

Die schwierige Rolle der ECOWAS in Mali

Bei der Lösung des Konflikts in Mali spielt die ECOWAS bis heute hingegen eine sehr divergente Rolle. So suspendierte sie nach dem Sturz des malischen Staatspräsidenten

Amadou Toumani Touré im März 2012 die Mitgliedschaft Malis und versetzte die ECOWAS-Eingreiftruppe in Alarmbereitschaft. Gleichzeitig startete sie eine diplomatische Offensive unter der Führung des damaligen Präsidenten Burkina Fasos, Blaise Compaoré, um den Konflikt friedlich zu lösen, was jedoch misslang.

Die Entsendung der Eingreiftruppe verhandelte die ECOWAS mit der AU, den Vereinten Nationen (VN) sowie bilateralen Gebern wie den USA, Frankreich oder der EU. Zwar gab der VN-Sicherheitsrat mit der Resolution 2058 Ende 2012 grünes Licht, allerdings waren die Planungen noch nicht weit genug vorangeschritten. Logistische Probleme und materielle Engpässe behinderten eine schnelle Entsendung, auch weil die ECOWAS nur schwer die vorgesehenen 3.300 Soldat_innen mobilisieren konnte. Die Mission scheiterte letztlich an unzureichenden Finanzmitteln der ECOWAS und anderen afrikanischen Staaten. Zudem hatten die Militärplaner_innen der ECOWAS nicht mit dem Vormarsch der Rebell_innen und dschihadistischen Gruppen auf Zentralmali gerechnet, was eine zeitgerechte Reaktion erschwerte.

Erst als die Mission im Sommer 2013 – zu diesem Zeitpunkt hatte die Intervention Frankreichs unter dem Namen »Serval« das Land halbwegs stabilisiert – in eine VN-Mission überführt wurde, löste sich zumindest die Finanzierungsfrage. Mit westlicher Unterstützung konnten in der ersten Jahreshälfte 2013 rund 5.000 Soldat_innen nach Mali verlegt werden. Doch spätestens mit dem Eingreifen Frankreichs schwand die Bedeutung der ECOWAS als Akteur im Mali-Konflikt. Dabei hatte die ECOWAS bereits zu Beginn des Konflikts ihre regionale Bedeutung untermauert und schnell diplomatisch eingegriffen. Sie vermochte allerdings nur sehr begrenzt, auch zentrale Akteure außerhalb der etablierten Strukturen, wie etwa Algerien, die selbst nicht Mitglied der ECOWAS sind, einzubinden.

Darüber hinaus wurde der Gestaltungsspielraum auch durch ungelöste Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten innerhalb der ECOWAS, insbesondere zwischen frankophonen und anglophonen Ländern, begrenzt. Während die ECOWAS mehr Autonomie bei der Konfliktlösung einfordert, verfolgen Staaten wie Nigeria eher eine eigenständige Konfliktlösung unter Einbindung einzelner Länder. Zudem lag der Fokus Nigerias auf innenpolitischen Herausforderungen wie der Bekämpfung Boko Harams (außerhalb des ECOWAS-Rahmens). So konnte

die ECOWAS nur begrenzt mit einer einheitlichen und klaren Position auftreten und ihr volles diplomatisches Gewicht nicht ausschöpfen.

Die G5-Sahel als Antwort auf Defizite der ECOWAS

Die Gründung der G5-Sahel im Februar 2014 ist daher auch als Antwort auf das militärische und diplomatische Defizit der ECOWAS zu verstehen. ECOWAS konnte die Sahel-Region nicht stabilisieren und fand zudem keine ausreichende und erfolgreiche politische wie militärische Antwort auf den drohenden Krieg in Mali. Nach der Gründung von G5-Sahel blieb die Zusammenarbeit mit der ECOWAS lange Zeit völlig unklar. Erst im Juli 2018 unterzeichneten ECOWAS und G5-Sahel eine Absichtserklärung, in der sie sich auf die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen verständigten. Beide Seiten betonten, dass sie Doppelungen vermeiden und Synergien zwischen beiden Organisationen nutzen wollen. Wie dies in der Praxis aussehen wird, bleibt abzuwarten.

G5-Sahel: Ein neuer Sicherheitsakteur in der Region

Die G5-Sahel soll die Sicherheits- und Entwicklungsaktivitäten der Mitgliedstaaten koordinieren. Das Mandat der G5-Sahel ist breit und umfasst neben der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität auch die Wiederherstellung der staatlichen Autorität sowie die Rückkehr von Flüchtlingen. Frankreich ist eine der treibenden Kräfte hinter der Gründung der G5-Sahel. Dies wirft die Frage nach dem *ownership* auf, da die G5-Sahel stark von der finanziellen und logistischen Unterstützung aus Paris abhängig ist.

Die Eingreiftruppe als Herzstück der G5-Sahel

Der Kern der G5-Sahel ist die Aufstellung einer bis zu 5.000 Mann starken Eingreiftruppe. Anfang 2017 konnten hierbei erste kleine Fortschritte erzielt werden. Die internationale Gemeinschaft hat dies durch umfassende Finanzierungszusagen beschleunigt. Darüber hinaus konnten in Kooperation mit der französischen Anti-Terrormission *Barkhane* erste Operationen durchgeführt werden. Allerdings verfügen die G5-Sahel-Staaten kaum über gut funktionierende Streitkräfte: Einzig der Tschad

besitzt eine gut ausgebildete Armee. Allerdings stellt der Tschad gleichzeitig auch Truppen für die VN-Friedensmission in Mali (MINUSMA) und die MNJTF, wodurch eine Überlastung des Landes droht. Finanzielle Anreize bieten allenfalls die VN-Missionen, wodurch das Land erhebliche Mittel für den eigenen Verteidigungshaushalt generieren kann. Mali erlebt hingegen einen Umbruch seiner Streitkräfte und baut mit der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft nur langsam eine eigene Armee auf. Auch in Burkina Faso sind die Streitkräfte nach dem Sturz des ehemaligen Präsidenten Blaise Compaoré geschwächt.

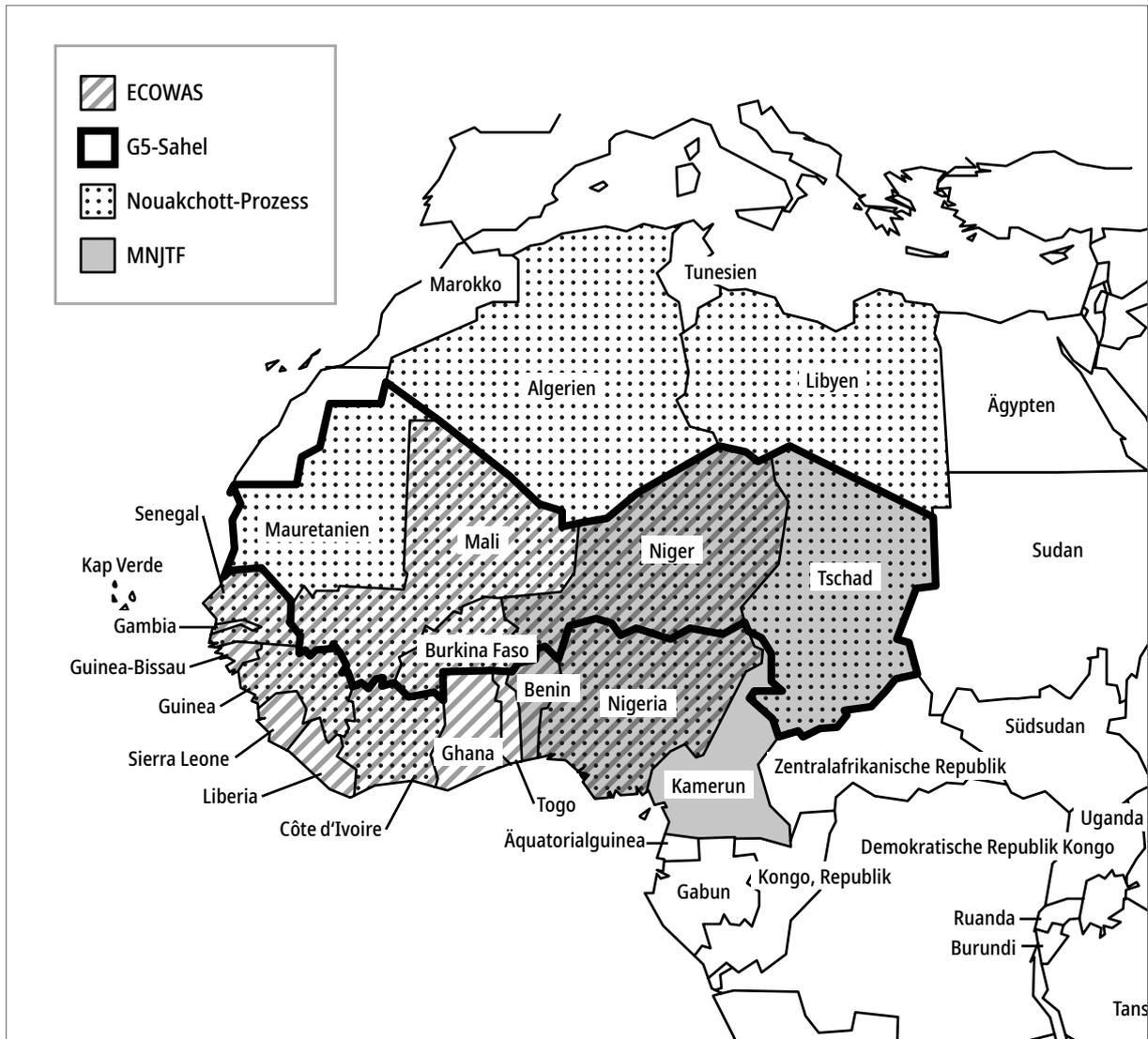
Im Gegensatz zu anderen Missionen in der Region fehlt es der G5-Sahel an einer starken Führungsnation, wie Nigeria sie im Rahmen der MNJTF darstellt, die über Finanzmittel und politische Macht verfügt. Algerien hat sich als Kooperationspartner und potenzielles Mitglied der G5-Sahel in Position gebracht; allerdings ist zweifelhaft, ob das Land auch angesichts der vielfältigen innenpolitischen Herausforderungen und der machtpolitischen Konkurrenz in der Region eine Führungsrolle übernehmen kann, die von den G5-Staaten gewünscht und anerkannt wird. Hier bestehen noch große Vorbehalte.

Zwar genießt die G5-Sahel die politische Unterstützung durch die AU und die VN – beide Organisationen haben den Einsatz der G5-Sahel-Truppen mandatiert –, allerdings gibt es darüber hinaus keine Unterstützung etwa im logistischen Bereich. Die G5-Sahel wird nur über bilaterale Zuwendungen finanziert und erhält keine Mittel aus der AU. Fraglich bleibt jenseits der im Juli 2018 unterzeichneten Absichtserklärung, welche politische Rückendeckung die G5-Sahel von der ECOWAS bekommt. Nach wie vor bestehen innerhalb der ECOWAS erhebliche Vorbehalte gegenüber der neuen Organisation, da man nicht in den Entstehungsprozess eingebunden war. So ist die MNJTF auch deshalb erfolgreich, weil sie von der AU politische Rückendeckung erhält und die finanziellen Zuwendungen durch die EU über die AU abgewickelt werden.

Militärischer Ansatz im Fokus

Der militärische Ansatz der G5-Sahel wird von den westlichen Gebern mit der Sahel-Allianz flankiert, die 2017 von Frankreich, Deutschland und der EU vor dem

Abbildung 1: Überlappende Sicherheitsstrukturen in Westafrika



Hintergrund der engen Verknüpfung von Sicherheit, Stabilität und Entwicklung gegründet wurde. Die Allianz konzentriert sich auf fünf Kernbereiche: Jugendbeschäftigung, ländliche Entwicklung, Klima und Energie, Regierungsführung sowie Grundversorgung und Dezentralisierung.

Die größten Herausforderungen bestehen in den Grenzregionen. Hier ist eine besonders große Ablehnung gegenüber dem jeweiligen Staat zu spüren. Zusätzlich kommt es durch fehlende Professionalität bei den Einsätzen der Streitkräfte zu Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Zivilbevölkerung, was die Kritik am Staat

verstärkt. Im Mai 2018 haben malische Soldat_innen, die im Rahmen der G5-Sahel operierten, laut VN zwölf Zivilist_innen willkürlich auf einem Marktplatz als Racheaktion erschossen. Dies zeigt die Notwendigkeit einer schnellen Umsetzung des *Human Rights Compliance Framework* innerhalb der G5-Sahel, der eine bessere Umsetzung und Überwachung der Menschenrechte innerhalb der G5-Sahel-Truppen garantieren soll.

Um diese Regionen jedoch langfristig enger an den Staat zu binden, braucht es das Vertrauen der Bevölkerung, insbesondere in seine Fähigkeiten, Grundbedürfnisse zu befriedigen. Hier kann die Sahel-Allianz eine wich-

tige Lücke schließen. Reine Kampfeinsätze im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität werden die Region nicht stabilisieren; vielmehr bedarf es eines Entwicklungsplans, der auf den Ausbau der Landwirtschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Vielzahl junger Menschen und staatlichen Dienstleistungen wie Wasserversorgung und Zugang zu Elektrizität sowie auf medizinische Versorgung setzt.

Ziel verfehlt

Insgesamt ist die Bilanz eher ernüchternd: Die Entwicklungsagenda der G5-Sahel stockt und rund ein Jahr nach dem Start der FC-G5S ist die Truppe trotz Fortschritten und einiger Einsätze nur sehr bedingt einsatzbereit. Vielmehr besteht weiterhin eine große Abhängigkeit von der Unterstützung durch die französische Operation *Barkhane* und anderen militärischen Akteuren. Ein Ende der Abhängigkeit ist vorerst nicht in Sicht. Auch im Entwicklungsbereich ist bisher wenig erreicht worden; die Stabilität in den Grenzregionen hat sich daher auch nicht verbessert.

Viele Köche, aber kein gemeinsames Rezept

Für eine langfristige und nachhaltige Stabilisierung der Sahelregion müssen folgende Punkte beachtet werden:

1. Es bedarf einer umfassenden Strategie zur Stabilisierung der Sahelregion, die nicht nur auf militärische Elemente setzt, wie es derzeit die G5-Sahel favorisiert. Die AU sollte in ihrem Ansinnen unterstützt werden, ebenjenen umfassenden Ansatz umzusetzen, der sowohl polizeiliche und zivile Instrumente einschließt als auch – basierend auf dem Nouakchott-Prozess¹ – mehr Staaten umfasst. Rein militärische Ansätze für oft politische Herausforderungen werden keine Lösungen für tieferliegende Konfliktursachen liefern. Die Einbindung der G5-Sahel in den APSA-Kontext, und damit indirekt auch in die ECOWAS, ist wichtig für einen multidimensionalen Ansatz bei der Stabilisierung des Sahel.

1. Der Nouakchott-Prozess wird von Algerien geführt, aber unter dem Dach der AU, und soll die Sicherheitskooperation von elf Staaten in Westafrika verbessern.

2. Die überlappenden Mitgliedschaften in den verschiedenen Regionalorganisationen und Sicherheitsstrukturen in Westafrika könnten mittel- bis langfristig zu Problemen führen. Bei knappen Ressourcen wird es einen Verteilungskonflikt bei gleichzeitig divergierenden Interessen innerhalb der Staaten geben – je nach Bedeutung für die eigene Politik mag die politische Aufmerksamkeit mehr Richtung ECOWAS oder G5-Sahel gehen.² Gleichzeitig sind zentrale Akteure, wie Algerien, weder Mitglied in der ECOWAS noch in der G5-Sahel. Europäische Politik sollte daher stärker unterstützen, dass basierend auf der Absichtserklärung beider Organisationen Synergieeffekte systematisch genutzt werden, mehr politische Koordinierung stattfindet und die ECOWAS mit ihren zivilen Instrumenten eine stärkere Rolle bei der Stabilisierung der Sahelregion spielt.

Auch wenn die ECOWAS aufgrund verschiedener Limitierungen nicht erfolgreich in den Konflikt intervenieren konnte, ist es weiterhin eine relevante und im innerafrikanischen Vergleich sehr gut funktionierende Regionalorganisation, deren Unterstützung wichtig für die regionale Stabilität und regional akzeptierte Lösungen ist. G5-Sahel und andere Ad-hoc-Koalitionen werden die APSA nicht ersetzen; vielmehr bedarf es einer strategischen Diskussion darüber, wie verschiedene Konzepte stärker ineinandergreifen können und welche Rolle die AU spielt. Im Mittelpunkt müssen Fragen der Legitimität und Legalität stehen.

3. Die Entwicklungsagenda der Sahel-Allianz muss konzeptionell stärker in die Aktivitäten der G5-Sahel eingebettet werden. Bis heute ist die Sahel-Allianz eine Sammlung von Entwicklungsprojekten, die nur bedingt auf die Agenda der G5-Sahel abgestimmt ist. Für die Grenzregionen, in denen die FC-G5S operiert, braucht es mehr Entwicklungskonzepte, um diese fragilen Gebiete zeitnah, langfristig und nachhaltig zu stabilisieren. Zwar existiert zusehends eine Einbindung der fragilen Grenzregionen in Aktivitäten der Gebirgationen, allerdings bleibt fraglich, wie sehr dies mit der G5-Sahel abgestimmt ist. Militärische Lösungen, wie sie G5-Sahel derzeit offensichtlich präferiert, werden in diesen Regionen kaum mehr Staatlichkeit fördern. Vielmehr braucht es den politischen

2. Darüber hinaus gibt es beispielsweise noch die MNTJF und CEMOC. Derzeit scheint es zwischen Benin, Togo und Burkina Faso Überlegungen zu geben, eine neue Organisation zu gründen.

Willen der Regierungen, Angebote zu schaffen, um die Gemeinden vor Ort in das politische System zu integrieren. Gleichzeitig könnte eine starke entwicklungspolitische Aufmerksamkeit auf die G5-Sahel die Rolle der ECOWAS als Organisation der wirtschaftlichen Kooperation und der regionalen Integration schwächen.

4. Die EU und die Bundesregierung sollten ein regionales Lernen unter der Führung der ECOWAS fördern. Die MNJTF ist in der heutigen Phase erfolgreicher als zu Beginn der Operation, weil sie gezielter lokale Gemeinden über eine zivile Komponente einbindet, klare strategische und taktische Ziele definiert sowie die Operationsfähigkeit entlang der Grenzregionen verbessert hat. Die G5-Sahel hat hingegen noch keine Strategie, wie zivile Instrumente und lokale Gemeinden stärker eingebunden werden können. Dazu müssen auch Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte streng verfolgt und unterbunden werden. Dies ist für den Erfolg – also die Stabilisierung der Region – unabdingbare Voraussetzung. Die ECOWAS kann mit ihrer zivilen Komponente der *ECOWAS Standby Force* ebenfalls einen Beitrag zur nachhaltigen Stabilisierung jenseits von Mali liefern. Weiterhin sollte die Bundesregierung die AU bei einer besseren Verankerung der Ad-hoc-Koalitionen in die APSA unterstützen. Damit könnte auch das *ownership* gestärkt werden.
5. Eine ganze Reihe von Akteuren spielt eine wichtige Rolle in Mali und der Sahelregion. Manche Beobachter_innen sprechen hier bereits von einem *security traffic*

jam, gewissermaßen einem Stau von Sicherheitsansätzen. Ihre engere Vernetzung ist eine wichtige Voraussetzung für eine langfristige Lösung der komplexen Konflikte nicht nur in Mali, sondern in der gesamten Region. ECOWAS wird diese Rolle nur bedingt übernehmen können; zu stark sind die Vorbehalte etwa bei Staaten wie Mauretanien, dem Tschad und Algerien – allesamt keine Mitglieder der Organisation.

Frankreich hat mit der Intervention in Mali seinen Status in der Region untermauert und seine militärische Präsenz ausgebaut, insbesondere durch die Anti-Terrormission *Barkhane* seit August 2014. Auf lange Sicht wird Frankreich die Geschicke der Region mitgestalten, auch wenn Paris in weiten Teilen der Bevölkerung eher kritisch gesehen wird. Die Regierung in Paris hatte maßgeblichen Anteil daran, dass die afrikanisch geführte Eingreiftruppe in eine VN-Mission überführt wurde. Allerdings gibt es seitens Algeriens starke Vorbehalte gegenüber Frankreichs Politik im Sahel.

Die AU genießt durchaus Vertrauen in der Region und wäre somit der geeignetere Akteur. Der Nouakchott-Prozess, in dem sich zahlreiche Staaten Westafrikas unter der Führung der AU zusammengeschlossen haben, ist eine mögliche Plattform, um die Akteure in der Region wieder stärker miteinander zu vernetzen. Doch auch die AU wird es alleine kaum schaffen; sie benötigt die politische und finanzielle Unterstützung durch internationale Partner. Entscheidend wird hierbei jedoch ein gemeinsames Rezept für die Zukunft afrikanischer Sicherheitsstrukturen sein.



Über den Autor

Dr. Jan Grebe ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Studienreferent für Entwicklungspolitik an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS). Seine Arbeitsschwerpunkte sind neben Entwicklungspolitik in Afrika insbesondere regionale Sicherheitskooperation in Westafrika. Der Autor gibt seine persönliche Meinung wieder.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Manfred Öhm, Leiter des Referats Afrika

Tel.: +49-30-269-35-7446 | Fax: +49-30-269-35-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen/Kontakt:
Caroline.Lemmer@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN
978-3-96250-248-5